

Kurzmitteilung vom 14. 07.2016

Der Honigmann beantragt die Lebenderklärung (vgl. Live Borne Record Trust Number) durch Anmeldung bei der gerichtsbestätigten Menschenrechtsorganisation WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland und ist somit nun als Angehöriger des Interim-Staates Germanitien und der VG Germaniten auch als lebender und beseelter Mensch und deutscher Staatsangehöriger mit unmittelbarer Reichszugehöriger durch Abstammung und Geburt (vgl. RuStAG 1913) als Preuße Angehöriger der Freikirche WAG-Aktive Christen in Deutschland.

Landgericht Hagen



-7- Landgericht Hagen, 58086 Hagen

Menschenrechtsorganisation WAG-Justiz-
Opfer-Hilfe NRW/Deutschland
Alte Dorfstraße 7
31737 Rinteln

06.07.2016

Seite 1 von 1

Aktenzeichen

7 S 63/16

bei Antwort bitte angeben

Bearbeiter

Frau Kölling

Durchwahl

02331 985-623

Sehr geehrte Damen und Herren,

in dem Rechtsstreit

Menschenrechtsorganisation WAG-Justiz-Opfer-Hilfe

NRW/Deutschland u.a. gegen [REDACTED]

Die Menschenrechtsorganisation WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland ist als gerichtsbestätigtes völkerrechtliches Rechtssubjekt an BRD-Gerichten für Angehörige der WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland und der VG Germaniten, tätig.



Mit Beitritt zur Menschenrechtsorganisation WAG-Justiz-Opfer-Hilfe NRW/Deutschland und als Angehöriger des Interim-Staates Germanitien und der Volksgruppe Germaniten wurde der Honigmann vom König von Germanitien und des Staates Preußen zum Fürstregenten/Konsul und zum Staatsrichter berufen/bestallt. Somit gehört nun auch der Honigmann ab sofort zu dem Gremium der Staatsrichter des Kirchengerichtshofes und des Menschenrechtsstrafgerichtshofes an, welche in Kürze seine Arbeit gegen Straftaten begangen durch/von BRD-Bediensteten/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) zum Nachteil Angehöriger der Volksgruppe Germaniten als bebende und beseelte Menschen und deutsche Staatsangehörige, begangen/durchgesetzt haben/hatten, aufnehmen wird.

Somit wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass auch alle BRD-Bediensteten/Personal (vgl. Dienstausweis/Personalausweis) der BRD-Ämter/Behörden/Dienststellen/Gerichte und Verwaltungen die in der Vergangenheit einen JOH-Vertrag über Schadenersatz und Beratungshonorar erhalten hatten, mit einer Anklage wegen u. a. Landes- und Hochverrat, Volksverhetzung, Mittäterschaft am Völkermord, Verstoß gegen Gesetz und Recht, sowie Straftaten gegen die Menschenrechte, Bedrohung, Folter, Nötigung, usw., zu rechnen haben.